

Russische Parlamentswahlen 2011: Wahlablauf und Beteiligte

12. Mai 2011
www.kas.de
www.kas.de/ru-moskau/

Das aktuelle politische Leben in Russland wird zunehmend durch die Vorbereitungen auf die im Dezember 2011 kommenden Parlamentswahlen geprägt. Wegen der zeitlichen Nähe und der Zahl der Regionen galten die kürzlich in 12 Föderationssubjekten abgehaltenen regionalen Dumawahlen als wichtiger Stimmungstest für die anstehenden föderalen Wahlen. Die Regierungspartei "Einiges Russland" konnte eine flächendeckende Mehrheit erlangen, verfehlte jedoch in sieben Föderationssubjekten die absolute Mehrheit. Im Vergleich zu den Regionalwahlen vom Herbst 2010 lässt die erkennbare Tendenz einer leicht sinkenden Zustimmung zur "regierenden Partei" eine verstärkte Vertretung der Opposition in der neuen Staatsduma erwarten. Der nachfolgende Text gibt einen Überblick über den Wahlprozess in Russland, und erläutert die Befugnisse des Parlaments, die Wahlgesetzgebung, die Durchführung der Wahlen, sowie deren Hauptakteure.

Befugnisse der „Staatsduma“

Im Dezember 2011 werden die russischen Bürger zum sechsten Mal in der Geschichte des modernen Russlands ihre Vertreter für das gesetzgebende Staatsorgan wählen, des

sen heutige Form und Befugnisse 1993 durch die von Boris Jelzin reformierte Verfassung bestimmt wurden. Das russische Parlament – die „Föderationsversammlung“ – besteht aus zwei Kammern: der als „Föderationsrat“ bezeichneten oberen Kammer und der unteren „Staatsduma“ genannten Kammer. Der Föderationsrat repräsentiert die 83 Föderationssubjekte der Russischen Föderation mit jeweils einem Vertreter der Exekutiven und der Legislativen. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens verfügt der Föderationsrat über das Zustimmungsrecht zu den von der Staatsduma vorgestellten Gesetzen, jedoch fehlt ihm das Änderungsrecht. Somit spielt das Unterhaus des russischen Parlaments, die Staatsduma mit 450 Abgeordneten, die entscheidende Rolle im Prozess der Gesetzgebung.

Die Einflussmöglichkeiten der Abgeordneten der Staatsduma wurden durch die Verfassung von 1993 im Vergleich zum bis dahin existierenden „Kongress der Volksdeputierten“ stark eingegrenzt. Zwar übt die Staatsduma die Kontrolle über die vollziehende Gewalt aus und beteiligt sich an der Bildung der Regierung, gegenüber dem russischen Präsidenten jedoch hat sie eine schwache Stellung. Die Staatsduma kann vom Präsidenten aufgelöst werden, dessen suspensives (auf-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

ELENA DANCHENKO

12. Mai 2011

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau/

schiebendes) Vetorecht auch ihre gesetzgebenden Befugnisse begrenzt. Durch die Ernennung der Gouverneure, die die Hälfte des Föderationsrates stellen, kontrolliert der Präsident indirekt auch den Föderationsrat.

Die Beschlüsse der Staatsduma zu den föderalen Gesetzen werden mit der Stimmenmehrheit der Gesamtzahl der Abgeordneten gefasst – sofern die Verfassung kein anderes Beschlußverfahren vorsieht. Da bereits seit zwei Legislaturperioden über 60% der Sitze in der Staatsduma von der „regierenden Partei“¹ „Einiges Russland“ errungen wurden, ist die Auffassung weit verbreitet, dass die Duma derzeit ihre Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive nicht in ausreichender Art und Weise wahrnimmt.

Regeln und Verfahren der Staatsdumawahlen

Das gegenwärtige Wahlrecht Russlands sieht für die Parlamentswahlen folgende Regeln vor: Die Abgeordneten der Staatsduma, werden von den russischen Staatsbürgern in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl gewählt. Das **aktive Wahlrecht** genießen Bürger der Russischen Föderation, die das 18. Lebensjahr vollendet haben (auch im Ausland). Vom Wahlrecht sind diejenigen Bürger ausgeschlossen, die durch einen Richterspruch für handlungsunfähig erklärt wurden

oder in eine Strafanstalt eingewiesen wurden. Das **passive Wahlrecht** ist strenger gehalten: Jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr vollendet hat und über das aktive Wahlrecht verfügt, kann gewählt werden. Nicht gewählt werden können Bürger anderer Staaten als auch russische Bürger, die über eine Aufenthaltsgenehmigung eines anderen Staates verfügen².

Die Abgeordneten werden in Wahlkreisen nach dem Prinzip der Verhältniswahl gewählt, also entsprechend der Anzahl der Wählerstimmen, die für die föderalen Kandidatenlisten abgegeben wurden. Die **föderale Kandidatenliste** einer Partei ist in der Regel in einen föderalen und einen „regionalen“ Teil aufgliedert und umfasst bis zu 600 Kandidaten.

Der **föderale Teil** wird von den 3 bis 10 erstbenannten Kandidaten angeführt. Die Parteien verfolgen hierbei häufig die Strategie, die ersten Plätze in den Listen solchen Personen zuzuweisen, die nicht tatsächlich beabsichtigen, Abgeordnete zu werden (sog. „Technologia parowozow“). So führte z.B. der damalige Präsident W. Putin die föderale Parteiliste „Einiges Russland“ bei den Wahlen 2007 an, die auch mehrere Gouverneure und Bürgermeister einschloss. Da die Verweigerung der gewählten Kandidaten, die als „Zugpferde der Partei“ bei der Wahl auf-

¹ 2004 wurde den Inhabern der höchsten Regierungsämtern ermöglicht, Mitglied einer Partei und Träger eines führenden Parteiamtes zu sein. Dadurch wurde der Weg zu einer Vermischung der Regierungs- und Parteistrukturen in Russland eröffnet. Föderales Verfassungsgesetz Nr.6 vom 3.11. 2004, In: Parlamentskaja gazeta Nr. 211 vom 11.11.2004.

² Mehr dazu: Föderales Gesetz Nr.51 vom 18.05. 2005 „Über die Wahl der Abgeordneten der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation“ (mit Änderungen von 12. und 25 Juli, 30. Dezember 2006, 26. April, 21. und 24. Juli 2007, 9. Februar, 12 Februar, 12. März, 3. Juni, 19. Juli, 4. Oktober, 29. November, 23. und 28. Dezember 2010, 23. Februar 2011)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

ELENA DANCHENKO

12. Mai 2011

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau/

treten, nicht sanktioniert wird, ziehen durch diese Beeinflussung der Wählerentscheidung nachrangig eingestufte Kandidaten aus der Liste in die Staatsduma ein.

Den **regionalen Teil** bilden mindestens 80 regionale Gruppen von Kandidaten. Das wichtigste russische Wahlorgan, die Zentrale Wahlkommission (ZIK)³, teilt das Wahlgebiet Russlands hierfür in mindestens 70 Wahlbezirke auf und legt somit die Grenzen der regionalen Gruppen fest. Der regionale Teil der Kandidatenliste muss alle Subjekte der Russischen Föderation umfassen.

Die Aufstellung einer föderalen Parteiliste vollzieht sich in sich ähnelnden, in den Satzungen der Parteien festgeschriebenen Verfahren. Ein Hauptorgan der Partei (z.B. bei der KPRF das „Präsidium des Zentralkomitees“, bei der LDPR der „Oberste Rat“) schlägt eine Liste der Kandidaten für die föderale Parteiliste vor. Die abschliessende Entscheidung über die Aufstellung der Parteiliste wird auf einem Parteitag durch geheime Abstimmung getroffen. Eine Partei kann in ihrer Liste sowohl eigene Mitglieder als auch Parteilose aufstellen, die kein Mitglied einer anderen Partei sein dürfen. Die Anzahl der Parteilosen darf hierbei 50% der Kandidaten einer Liste nicht übersteigen. Die Kandidatur eines Parteilosen wird auf einer Sitzung der regionalen Abteilung der Partei (ähnlich wie ein Landesverband) vorgestellt und nach Zustimmung von mindestens 10 Parteimitgliedern in die föderale Parteiliste aufgenommen. Durch dieses Verfah-

ren wird das Recht der russischen Bürger zur Selbstaufstellung zur Wahl in die Staatsduma begrenzt.

Die föderalen Kandidatenlisten müssen sodann innerhalb von 30 Tagen nach der Bekanntmachung der Wahlausschreibung bei der Zentralen Wahlkommission (ZIK) eingereicht werden. Drei Tage vor der Entscheidung über die Genehmigung der föderalen Parteiliste (der sog. „Registrierung“) informiert die ZIK die Partei aus ihrer Sicht über den Stand der Vollständigkeit der abgegebenen Unterlagen. Das Fehlen von notwendigen Unterlagen eines Kandidaten hat dessen Ausschluss aus der Liste zur Folge. Die Aufstellung der föderalen Parteiliste muss durch mindestens 150.000 Wählerunterschriften („podpisnye listy“) untermauert werden. Die bereits im Parlament vertretenen Parteien verfügen über den „parlamentarischen Vorzug“, und dürfen die föderale Kandidatenliste ohne Unterschriften registrieren. Die erlaubte Fehlerquote der Unterschriftenlisten beträgt 5%, wobei bei den letzten Parlamentswahlen alle Parteien, die zu dieser Maßnahme gegriffen hatten, eine Fehlerquote oberhalb von 4,5% aufwiesen. Nach der Genehmigung durch die ZIK werden die föderalen Kandidatenlisten schließlich in einem Amtsblatt veröffentlicht.

Zugang zu den Medien

Spätestens 10 Tage nach der Veröffentlichung der Entscheidung über den Wahltag muss die ZIK die Liste der anerkannten föderalen Medien, und müssen die regionalen Wahlkommissionen die Liste der anerkannten regionalen Medien veröffentlichen. Den Parteien soll in glei-

³ ZIK (Zentralnaja izbiratel'naja komissija) - Zentrale Wahlkommission, die die Wahlen und Referenden in Russland organisiert.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

ELENA DANCHENKO

12. Mai 2011

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau/

chem Maße Zugang zu den Medien gewährt werden, und die Medienberichte über politische Parteien sollen – getrennt und unkommentiert – rein informative Blöcke darstellen. Politische Parteien erhalten darüber hinaus kostenlose Sendezeit in Fernsehen und Radio, sowie kostenlose Spalten in den Printmedien. Die Hälfte der wahlbezogenen Sendezeit soll gemischten Debatten gewidmet sein. Politische Parteien, die bei der Stimmenausschüttung weniger als 3% der Stimmen aufweisen, müssen den Medien die Kosten für die politische Werbung erstatten.

Neuregelungen und deren Hintergründe

Das Wahlrecht der Russischen Föderation befand sich seit den ersten Wahlen zur Staatsduma im permanenten Reformzustand. Insbesondere in den Jahren 2005-2007 wurden die Grundsätze des Rechtes für die Parlamentswahlen gravierend verändert.

Unter den bedeutenden Neuerungen waren: Die Anhebung der Hürde zum Einzug ins Parlament von 5% auf 7%, das Verbot der Bildung von Wahlbündnissen, eine Veränderung der Aufteilung der Listen (nur noch 3 bis 10 Kandidaten im föderalen Teil der Parteiliste anstelle von 18), die massive Anhebung der Anzahl von regionalen Gruppen in der föderalen Parteiliste von 7 auf nun 70 Regionalgruppen, und die Reduzierung der erlaubten Fehlerquote bei den Unterschriftlisten von 25% auf 5%. Die Wahlkaution, die früher eine Alternative zu der Einreichung von Wählerunterschriften darstellte, wurde zuerst von 37 Mio. auf 60

Mio. Rubel (umgerechnet 1,5 Mio. Euro) beinahe verdoppelt und letztlich abgeschafft. Somit wurde den Parteien die Möglichkeit zur Absicherung ihrer „Registrierung“ für den Fall der Ungültigkeit eines Teiles der Unterschriften genommen. Den im Ausland lebenden oder den eine andere Staatsbürgerschaft besitzenden russischen Bürgern wurde das passive Wahlrecht entzogen. Es wurden die Wahloption „Gegen alle“ und die Mindestwahlbeteiligung abgeschafft. Die Wahlagitation gegen Kandidaten der konkurrierenden Parteien im Fernsehen wurde verboten.

Folgende Maßnahmen dienten und dienen insbesondere den Interessen der derzeit stärksten Partei „Einiges Russland“: Die Abschaffung von Sanktionen nach der Weigerung eines gewählten Kandidaten sein Abgeordnetenmandat wahrzunehmen, die Zuteilung von zusätzlicher Sendezeit sofern sich eine Partei gegen die Teilnahme an politischen Fernsehdebatten entscheidet, und die Abschaffung der Urlaubspflicht für im staatlichen Dienst befindlichen Kandidaten nach deren Registrierung als Kandidat⁴.

Darüber hinaus wurde die die politischen Parteien betreffende Gesetzgebung modifiziert: Die notwendige Anzahl von Parteimitgliedern wurde auf der föderalen Ebene von 10.000 auf 50.000 erhöht. Die notwendige Anzahl der Mitglieder der regionalen

⁴ Vgl. Der analytische Kurzbericht über der Wahlkampagne von den Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma der fünften Legislaturperiode. Das nationale Zentrum des Monitorings der demokratischen Prozeduren. Moskau, 2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

ELENA DANCHENKO

12. Mai 2011

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau/

Parteiabteilungen wurde von 50 auf 250 vervielfacht. In Folge dieser Maßnahmen sank die Anzahl der politischen Parteien in Russland erheblich. Zurzeit sind in Russland nur noch 7 von in 2006 einst 35 Parteien registriert.

Im Jahre 2007 wurde das russische Wahlsystem erneut verändert und eine reine **Verhältnswahl** auf Basis von Parteilisten eingeführt. Die Nachteile der reinen Verhältniswahl zum vorherigen gemischten System sind offensichtlich: Wähler können keinen Einfluss auf Kandidaten sowie die Aufstellung der Parteilisten nehmen. Die Mehrzahl der Bürger verliert durch die Einschränkungen zur Selbstaufstellung de facto ihr passives Wahlrecht. Im Allgemeinen ist die Einführung eines Verhältniswahlrechts nur dann sinnvoll, wenn im Land ein stabiles und ausgewogenes Parteiensystem besteht, das die Interessen aller sozialen Gruppen widerspiegelt. Die Änderungen an der Wahlgesetzgebung festigen zweifellos die Position der etablierten parlamentarischen Parteien, vor allem der stärksten Partei „Einiges Russland“, und dienen unter anderem dazu, oppositionellen Kandidaten den Zugang in die Staatsduma zu erschweren⁵. Neben der Zunahme an politischer Stabilität haben die Reformen unzweifelhaft zur Senkung des politischen Wettbewerbs in Russland beigetragen. Die letzten Parlamentswahlen 2007 riefen folglich Kritik von Seiten der OSZE, der EU und der deutschen Politik hervor,

die diese als unfrei und undemokratisch bezeichneten⁶.

Die kommenden Wahlen im Dezember 2011 werden die ersten Wahlen sein, bei denen die Sitzverteilung der Staatsduma Russlands für eine Legislaturperiode von fünf anstatt vier Jahren bestimmt wird. Darüber hinaus wird auch die Amtszeit des Russischen Präsidenten von vier auf sechs Jahren verlängert. Die Verlängerung von Amtszeit und Legislaturperiode wird offiziell mit der notwendigen Stabilisierung des Landes begründet⁷ und erscheint als eine konsequente Fortschreibung der seit 2005 vorgenommenen Änderungen des parlamentarischen Wahlsystems.

Parteien und Akteure

Als Teilnehmer der kommenden Dumawahlen sind vor allem die jetzigen vier parlamentarischen Parteien zu erwarten: „Einiges Russland“, die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“, die „Liberal-Demokratische Partei Russlands“, sowie „Gerechtes Russland“.

Die **Partei „Einiges Russland“** wurde 2001 durch den Zusammenschluss von drei Fraktionen („Einheit“, „Vaterland“ und „Ganz Russland“) ge-

⁶ OSZE nennt Russland-Wahl unfair, Opposition plant Proteste, In: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,521022,00.html> (Zugriff 18.02.2011)

⁷ Aus dem Interview mit Wladimir Petechin, Stv. Sekretär des Generalrates der Partei „Einiges Russland“, Stv. Leiter der Fraktion Einiges Russland in der Staatsduma, In: <http://www.er.ru/text.shtml?0/440> (Zugriff 3.02.2011)

⁵ Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

ELENA DANCHENKO

12. Mai 2011

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau/

gründet; sie bezeichnet sich als zentristisch und sozial-konservativ, und unterstützt die politische Richtung des Präsidenten und der Regierung. Seit 2008 ist der Parteivorsitzende Wladimir Putin. Die wichtigsten Programmaufgaben der Partei für die kommenden 7 Jahre lauten verkürzt: Schutz des russischen Volkes, neue Qualität des Antikorruptionskampfes und Herstellung einer Innovationswirtschaft. Die außenpolitischen Prioritäten der Partei sind unter anderem eine internationale Politik, die auf die Stärkung der Rolle Russlands in der Welt gerichtet ist, die Teilnahme Russlands an den internationalen Systemen der kollektiven Sicherheit, die aktive Beteiligung an den Prozessen der europäischen Integration, die Entwicklung der für Russland vorteilhaften internationalen Wirtschaftsbeziehungen. „Einiges Russland“ erhielt in der Wahl von 2007 64,30% der Stimmen und stellt mit 315 Sitzen die stärkste Fraktion in der Staatsduma.

Die **kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)** wurde 1993 gegründet und ist die Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Sie steht unter der Leitung von Gennadi Sjuganow, wird vornehmlich von älteren Menschen gewählt, und weist von allen parlamentarischen Parteien den höchsten Altersdurchschnitt der Abgeordneten auf. Sie hat eine linksorientierte Ausrichtung. Zu ihren Programmzielen gehören: Wiederverstaatlichung von Schlüsselindustrien und Widerstand gegen Privatisierung von Grund und Boden. Zentrale politische Forderungen sind die kostenlose medizinische Versorgung, Erholung und Ausbildung sowie die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Im Bereich der internationalen Politik besteht die Partei auf einer Stärkung der Positi-

on Russlands in der internationalen Politik und Förderung der freiwilligen Wiederherstellung der Union. Bei den letzten Parlamentswahlen 2007 verlor die KPRF erneut deutlich an Wählerstimmen zugunsten von „Einiges Russland“ und erhielt 11,3 % der Wählerstimmen, was 57 Sitzen im Parlament entspricht.

Die **Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)** ist trotz ihrer Selbstbeschreibung als Partei der Mitte eine 1991 gegründete Partei der nationalistischen Orientierung. Die Partei ist für die Schere zwischen ihren proklamierten demokratischen Zielen und den populistischen, von nationalistisch bis rechtsextrem reichenden Äußerungen ihres Vorsitzenden Wladimir Schirinowskij bekannt. Die Programmziele der Partei sind: die Bildung eines machtvollen russischen Staates, die Wiedervereinigung der Territorien der ehemaligen UdSSR, die Rechtsordnung und die Diktatur des Gesetzes, die Erschaffung einer sozial ausgerichteten Gesellschaft sowie „stabile und gute Lebensumstände“ für alle russischen Staatsbürger. Im außenpolitischen Teil ihres Programmes stellt die Partei die Idee der „slawischen Solidarität“ in den Raum, bezweifelt die Erfolge der Europäischen Integration und sieht die eigene Mission im Widerstand gegenüber „allen Versuchen, Russland als den Kern der 'eigenartigen' ostchristlichen Zivilisation zu zerstören“⁸. Bei den letzten Parlamentswahlen erlangte die Partei 8,1 % der Wählerstimmen und 40 Sitze, und stellte somit die drittstärkste Fraktion in der Staatsduma.

⁸ Mehr dazu: Programm der LDPR.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

ELENA DANCHENKO

12. Mai 2011

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau/

Die **Partei „Gerechtes Russland“** ist eine 2006 gegründete Partei, welche die drei ehemaligen Parteien „Rodina“, „Russische Rentnerpartei“ und „Russische Partei des Lebens“ in sich vereinigt. Diese sich als sozialdemokratisch bezeichnende Partei strebt laut Programm die folgenden Ziele an: Tilgung der Armut, Erhöhung der Renten, Kampf gegen Korruption, kontrollierte Migration, Stopp der Tarifierhöhung, Transparenz der Machtstrukturen. Ihr außenpolitisches Ziel lautet: Russland auf die Position einer Großmacht zurückzuführen, die im internationalen Gefüge als gleichberechtigter und verantwortlicher Partner agiert. Das vorrangige Ziel der Außenpolitik ist eine gute Beziehung mit den GUS-Ländern und den näheren Nachbarn⁹. Der derzeitige Vorsitzende ist Nikolaj Lewichew, welcher den Vorsitzenden des Föderationsrates Sergej Mironow an der Spitze der Partei ersetzt hat. In den Parlamentswahlen 2007 gewann die Partei 7,74% der Wählerstimmen und somit 38 Sitze.

Ihre Entscheidung über eine Teilnahme an den Parlamentswahlen 2011 haben weitere Parteien bekannt gegeben, die derzeit nicht im Parlament vertreten sind: „Jabloko“, „Gerechte Sache“, und „Patrioten Russlands“.

Die **russische vereinigte demokratische Partei „Jabloko“** ist eine liberale Partei, die 1993 als Wählervereinigung gegründet wurde. Der Parteivorsitzender ist seit 2008 Sergej Mitrochin. Unter den politischen Zie-

len der Partei sind: „soziale Marktwirtschaft, die Gleichheit der Startbedingungen, die Unantastbarkeit des Privateigentums, Wettbewerb in Politik und Wirtschaft, die Festigung der demokratischen Institutionen, die Machtvollkommenheit des Gesetzes, der Rechtsstaat und die Kontrolle der Bürger über die Macht“¹⁰. Außenpolitisch befürwortet sie die europäische Ausrichtung der Entwicklung Russlands. Seit 2006 ist die Partei ein Teil der „Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reformpartei“. Der Zuspruch zur Partei ging in den letzten Jahren kontinuierlich zurück, und sie übersprang bei den Parlamentswahlen 2007 mit 1,59% der Wählerstimmen die 7%-Hürde nicht. Durch die Abschaffung der Direktwahlen konnten vereinzelte Parteimitglieder nicht mehr in der Duma vertreten sein, so wie es noch bei den Parlamentswahlen von 2003 der Fall gewesen war.

Die **Partei „Gerechte Sache“** gehört dem liberalen Spektrum an, und ist 2008 durch den von der Administration des Präsidenten initiierten Zusammenschluss von drei Parteien („Demokratische Partei Russlands“, „Union der rechten Kräfte“, „Bürgerkraft“) entstanden. An ihrer Spitze stehen drei Co-Vorsitzende: Georgi Bowt, Boris Titow und Leonid Gosman. Laut dem eigenen Programm „vereinigt die Partei die Anhänger der rechtsliberalen Ideologie, der Priorität der Menschenrechte, der Marktwirtschaft und der politischen Demokratie“¹¹. Die Partei befürwortet den europäischen Weg Russlands.

⁹ Satzung und Programm des „Gerechten Russlands“

¹⁰ <http://www.yabloko.ru/about> (Zugriff: 10.02.2011)

¹¹ <http://pravoedelo.ru/index.php?q=node/1235> (Zugriff: 10.02.2011)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

ELENA DANCHENKO

12. Mai 2011

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau/

Die siebte der offiziell registrierten Parteien, deren Teilnahme an den Wahlen zu erwarten ist, ist die Partei „Patrioten Russlands“. Sie wurde 2005 gegründet, und vereinigte mehrere kleinere Parteien. Der Parteivorsitzende ist Gennadi Semigin. Die Partei will eine sozial gerechte Zivilgesellschaft durch die Vereinigung aller patriotischen Kräfte aufbauen und grenzt sich ausdrücklich von jeglichen Aspekten des Nationalismus ab. Bei den Parlamentswahlen 2007 konnte die Partei mit 0,89% die 7%-Hürde nicht erreichen.

Die Anzahl der heute in Russland vorhandenen Parteien ist vorrangig eine Folge der vielen Reformen des Wahlsystems, die darauf zielten, ein stabiles politisches System zu etablieren. Die soziologischen Umfragen zeigen jedoch, dass die existierenden Parteien ein sehr niedriges Vertrauen in der Bevölkerung genießen. Nach einer Umfrage vom April dieses Jahres haben 47% der Bevölkerung kein Vertrauen in die Staatsduma¹². Über 50% der Befragten meinten zudem, dass die am Ende des Jahres anstehenden Wahlen nur die Imitation eines politischen Kampfes sein werden¹³. Eine der Ursachen für die Kluft zwischen der Gesellschaft und den Parteien liegt womöglich darin begründet, dass die Parteien die Vielfalt der Interessen der russischen Gesellschaft und die Interessen der einzelnen Bevölkerungsgruppen vertreten. Bei-

spielweise fehlen in der russischen politischen Landschaft Parteien, die den Umweltschutz als Parteiziel haben; in allen oben dargestellten Parteien hat dieses Ziel nur eine vergleichsweise niedrige Priorität.

Für die Etablierung einer neuen Partei stellt nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch die Prozedur der „Registrierung“ beim Justizministerium eine maßgebliche Hürde dar. Einige politische Bewegungen, die vergeblich versuchen, sich als Parteien registrieren zu lassen, haben das Bestreben geäußert, an den Wahlen teilnehmen zu wollen. Die bekanntesten davon sind: die Vereinigung von linken politischen Bewegungen und Gewerkschaften „Die russische vereinigte Arbeitsfront“, und die Partei „Anderes Russland“, welche vom ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen Partei der National-Bolschewiki Eduard Limonov geleitet wird. Die Interessen der russischen landwirtschaftlichen Bevölkerung könnte die Partei „Agrarier Russlands“, angeführt von Alexandr Zaverjucha, Wasilij Werschinin und Alima Hachirowa, vertreten. Speziell für die Teilnahme an den Parlamentswahlen 2011 wurde im Dezember 2010 die „Partei der Volksfreiheit - Für Russland ohne Korruption und Willkür“ gebildet, die eine Koalition der liberalen außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen von Michail Kasjanow, Wladimir Milow, Boris Nemzow und Wladimir Rjizhkov darstellt.

Zusammenfassung

Die Russische Bevölkerung zeigt sich bei den Parlamentswahlen im Vergleich zu Deutschland als weniger aktiv: die Wahlbeteiligung lag in der

¹² Umfrage der Stiftung „Öffentliche Meinung“ vom 10.04.2011, In: <http://bd.fom.ru/pdf/d07div11.pdf> (Zugriff: 5.05.2011)

¹³ Umfrage des Lewada-Zentrums vom 28.04.2011, In: <http://www.levada.ru/press/2011042801.html> (Zugriff: 5.05.2011)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

ELENA DANCHENKO

12. Mai 2011

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau/

Russischen Föderation kontinuierlich zwischen 55% und 65%, und betrug bei der Wahl von 2007 59%. Die Dumawahl erfährt geringere Aufmerksamkeit als die Präsidentschaftswahl.

ren politischen Bewegungen am Wahlkampf aufgrund der Hürden der Registrierung und der bestehenden Normen des Wahlrechtes nicht zu erwarten ist.

Die Prognose für die im Dezember 2011 anstehenden Wahlen deutet auf den Erhalt des status quo in der politischen Parteienlandschaft Russlands hin. Die letzten Umfragen vom Levada-Zentrum zeigen, dass aktuell 55% der Befragten ihre Stimme der Partei „Einiges Russland“, 18% der Kommunistischen Partei, 12% der LDPR und 6% dem „Gerechten Russland“ gegeben hätten. Alle anderen Parteien erhielten die Unterstützung von weniger als 2% der Befragten. Dabei liegen die Werte für die „regierende Partei“ unter denen des Vorjahres¹⁴, was nach Meinung der Soziologen des Zentrums durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ein Gefühl der Perspektivlosigkeit bedingt ist. Die Chancen der sich noch konstituierenden Parteien, den Registrierungsprozess erfolgreich zu bestehen, sind als nicht hoch einzuschätzen.

Das russische Parlament hat heutzutage eine untergeordnete Stellung im Vergleich zur Exekutive. Die Reformen des Wahlrechtes zielten darauf ab, die bestehenden Machtverhältnisse mit einer nur kleinen Anzahl von Parteien im Parlament zu festigen. Die registrierten sieben Parteien werden mit großer Wahrscheinlichkeit auch die Hauptakteure der kommenden Parlamentswahlen sein, da die Teilnahme der ande-

¹⁴

<http://www.levada.ru/press/2011020201.html>
1 (Zugriff: 5.05.2010)